

## Musterresolution: **Kein Sonderopfer der Beamtinnen und Beamten**

Einer Pressemitteilung des Hessischen Innenministers, Boris Rhein, vom 17. Mai 2011 ist zu entnehmen, dass die Landesregierung den hessischen Beamtinnen und Beamten ein weiteres Sonderopfer aufoktroieren will.

⇓ **Nach der 42-Stunden-Woche**

⇓ **nach der Verlängerung der Lebensarbeitszeit, mit der die Lehrkräfte zukünftig bis zum Alter von 67,5 Jahren vor der Klasse stehen müssen**

**sollen wir jetzt auch noch**

⇓ **vom Entgelttarifabschluss des Landes Hessen und damit auch von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgekoppelt werden.**

Sollten die vom Innenminister angekündigten Pläne umgesetzt werden, bedeutet dies für die Lehrkräfte einen Einkommensverlust zwischen 1.200 und 2.000 Euro gegenüber dem Tarifabschluss. Dabei ist es für uns noch zusätzlich empörend, wenn Herr Rhein in seiner Pressemitteilung versucht, der Öffentlichkeit Sand in die Augen zu streuen und von einer „eins zu eins“ Übertragung des Prozentergebnisses des Tarifabschlusses spricht.

**Wir fordern die Landesregierung und die Landtagsabgeordneten auf, diese Pläne zurückzunehmen bzw. zurückzuweisen:**

- ⇒ **Wir fordern die zeit- und inhaltsgleiche Übertragung des Tarifergebnisses vom April 2011 auf alle Beamtinnen und Beamten.**
- ⇒ **Wir fordern die bereits im letzten Tarifvertrag vereinbarte 40-Stunden-Woche endlich auch auf alle Beamtinnen und Beamten zu übertragen.**

---

**Resolution senden an:**

- Ministerpräsident Volker Bouffier, Hessische Staatskanzlei, Georg-August-Zinn-Str.1, 65183 Wiesbaden
  - Staatsminister Dr. Thomas Schäfer, Hessisches Ministerium der Finanzen, Friedrich-Ebert-Allee 8, 65185 Wiesbaden
  - Staatsminister Boris Rhein, Hessisches Innenministerium, Friedrich-Ebert-Allee 12, 65185 Wiesbaden
  - Staatsministerin Dorothea Henzler, Hessisches Kultusministerium, Luisenplatz 10, 65185 Wiesbaden
  - Landtagsfraktion Bündnis '90/Die Grünen
  - SPD-Landtagsfraktion
  - CDU-Landtagsfraktion
  - FDP-Landtagsfraktion
  - Landtagsfraktion DIE LINKE
- } Schloßplatz 1-3, 65183 Wiesbaden

## **Pressemitteilung des hessischen Innenministeriums vom 17.5.2011**

**Innenminister Boris Rhein: Hessische Beamtinnen und Beamte partizipieren an Einkommensentwicklung - Beamte bekommen wie Tarifbeschäftigte in diesem Jahr 1,5% und im nächsten Jahr 2,6% mehr**

Wiesbaden. Mit Blick auf die Einigung in den Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des Landes Hessen für die Jahre 2011 und 2012 sollen die hessischen Beamtinnen und Beamten zeitnah ebenfalls partizipieren. Daher sollen die Dienst-, Amts-, Anwärter- und Versorgungsbezüge zum 1. Oktober 2011 um 1,5 Prozent und zum 1. Oktober 2012 um weitere 2,6 Prozent erhöht werden.

Damit werden die Besoldungs- und Versorgungsbezüge für Beamte dem Tarifabschluss für Angestellte des Landes Hessen angeglichen und die prozentuale Erhöhung wird eins zu eins an die Beamten weiter gegeben, so Innenminister Boris Rhein. Weiter führte er aus, dass das Gesetz wie in der Vergangenheit als sogenanntes Fraktionsgesetz eingebracht werde, damit die Beamtinnen und Beamten zeitnah profitieren können. „Ich bin den Fraktionen von CDU und FDP sehr dankbar, dass sie die schnelle Umsetzung des Gesetzes ermöglichen, indem sie die Gesetzesinitiative übernehmen. Alle Landesbediensteten leisten hervorragende Arbeit und dürfen daher nicht von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt werden. Dabei ist die Landesregierung in der besonderen Verantwortung die Situation der öffentlichen Haushalte - nicht zuletzt vor dem Hintergrund der Schuldenbremse - im Blick zu haben, so Rhein abschließend.

Pressestelle: Ministerium des Innern und für Sport  
Pressesprecher: Mark Kohlbecher, Friedrich-Ebert-Allee 12,  
D-65185 Wiesbaden